

# FlüchtlingsRAT NRWe.V.

## Newsletter Juli 2020

### **Liebe Leserinnen und Leser!**

*Am 13.09.2020 finden in NRW Kommunalwahlen statt. Deutsche Staatsangehörige und EU-Bürgerinnen ab 16 Jahre können ihre politischen Vertretungen in den Städten, Gemeinden und Kreisen sowie Bürgermeisterinnen und Landrätinnen wählen. Zudem werden in vielen Gemeinden auch die Integrationsräte gewählt. Wahlberechtigte sollen laut nordrhein-westfälischem Innenministerium ihre Wahlbenachrichtigung im Zeitraum vom 3. bis zum 13.08.2020 erhalten; ab dann kann auch Briefwahl beantragt werden.*

*Anlässlich der Kommunalwahlen haben wir am 25.06.2020 unsere „Flüchtlingspolitischen Forderungen zur Kommunalwahl 2020“ veröffentlicht. Damit ersuchen wir alle zur Wahl stehenden Parteien und Kandidatinnen in NRW, sich für die Rechte von Schutzsuchenden in den Kommunen stark zu machen. Die Kommunen verfügen über wichtige flüchtlingspolitische Entscheidungskompetenzen. Sie sind unter anderem zuständig für wesentliche Themen wie die Unterbringung von Schutzsuchenden und die Anwendung des Aufenthaltsrechts.*

*Darüber hinaus stellen wir einen Fragenkatalog, sogenannte Wahlprüfsteine, zur Verfügung. Diese Wahlprüfsteine können Sie, angepasst an die Gegebenheiten vor Ort, an die zur Wahl stehenden Parteien, Wählerinnengruppen und Kandidatinnen verschicken und damit konkrete Aussagen über ihre flüchtlingspolitischen Einstellungen und Ziele einfordern.*

*Trotz Corona-Pandemie drängen Deutschland und insbesondere der Bundesinnenminister Horst Seehofer darauf, Abschiebungen wieder vermehrt durchzuführen. Über eine Sammelabschiebung nach Pakistan trotz dortiger hoher Infektionszahlen und mangelnder medizinischer Versorgung berichten wir in diesem Newsletter. Des Weiteren stellen wir die Erklärung: #Offengeht zur Situation fünf Jahre nach dem Sommer der Flucht vor und beschäftigen uns mit der Flüchtlingspolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.*

*Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse [initiativen@fnrw.de](mailto:initiativen@fnrw.de). Unter [www.fnrw.de](http://www.fnrw.de) könnt Ihr Euch für den Newsletter an- oder abmelden.*

Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 25.01.2020

Datum: Samstag, 15.08.2020 von 11.00 bis 14.00 Uhr

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Unterstützerinnen,

wir möchten Euch hiermit herzlich zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates NRW einladen. Die Einladung richtet sich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten! Die Beteiligung an der Diskussion und Arbeit ist erwünscht.

Da wir die Versammlung dieses Mal online abhalten, ist eine **Anmeldung bis zum 12. August per E-Mail** an [initiativen@fnrnw.de](mailto:initiativen@fnrnw.de) erforderlich!

Für den im Rahmen der Versammlung geplanten Austausch zu Auswirkungen des Coronavirus auf Flüchtlinge in NRW möchten wir Sie und Euch herzlich darum bitten, uns Fragen oder Anregungen zum Thema ebenfalls bis 12. August zuzusenden, damit wir den Austausch entsprechend vorbereiten können. Zudem wird es einen Vortrag zu Chancen für irakische Flüchtlinge im Asylverfahren geben.

Die vollständige Einladung inklusive der Tagesordnung findet Ihr [hier](#).

Mit herzlichen Grüßen

Heinz Drucks, Ali Ismailovski, Evelyn Meinhard, Ingo Pickel, Andre Schuster (Vorstand des FRNRW)

### Flüchtlingspolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Seit dem 01.07.2020 hat Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne, der alle sechs Monate zwischen den 27 Mitgliedsstaaten wechselt. Unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ setzt die deutsche Bundesregierung dafür auch die europäische Migrationspolitik auf die Agenda des Rats der EU.

Im Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft werden der Ausbau der Resettlement-Kapazitäten der EU, die Neufassung der Rückführungsrichtlinie, Fluchtursachenbekämpfung und die Stabilisierung der Herkunfts-, Aufnahme- und Transitstaaten sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit mit diesen Staaten genannt. Außerdem soll das neue Frontex-Mandat etabliert und der Schutz der europäischen Außengrenzen verstärkt werden. Deutschland setze sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft für eine Reform des GEAS ein, die „Verantwortlichkeiten und Solidarität neu regelt, humanitären Standards gerecht wird“. Auch die Wahrung der Rechte von Flüchtlingen habe eine Priorität.



Foto: PRO ASYL

Vor dem Hintergrund der deutschen Ratspräsidentschaft lud Bundesinnenminister Seehofer gemeinsam mit der EU-Innenkommissarin Ylva Johansson zu einer digitalen Konferenz der europäischen Innenministerinnen am 07.07.2020 ein, in deren Rahmen sich Seehofer für strukturelle Lösungen für die Aufnahme von Seenotgeretteten aus dem Mittelmeer, für die Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Herkunftsländern und legale Zuwanderungswege aussprach. Seehofer verkündete in der abschließenden Pressekonferenz, dass europäisches Ziel „die Abwanderung aus nordafrikanischen Ländern zu beenden“ sei.

Beim Umgang mit Flüchtlingen in Seenot bestehen bei Nichtregierungsorganisationen deutliche Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Die Organisation SOS Méditerranée appellierte laut einem Bericht des MIGAZIN vom 02.07.2020 an Außenminister Heiko Maas: „Nutzen Sie die heute startende deutsche EU-Ratspräsidentschaft und setzen Sie sich für ein europäisches Seenotrettungsprogramm ein, das alle Geretteten an einen sicheren Ort bringt – so wie es das Seerecht vorschreibt!“ Immer wieder wird Schiffen mit Flüchtlingen an Bord das Einlaufen in die Häfen europäischer Mittelmeeranrainer verweigert. Zuletzt war das SOS Méditerranée-Schiff „Ocean Viking“ betroffen, das laut taz.de vom 07.07.2020 mit bis zu 180 aus Seenot geretteten Flüchtlingen über 11 Tage hinweg nirgendwo anlegen durfte. Nach Angaben von tagesschau.de am 11.07.2020 durfte die „Ocean Viking“ am gleichen Tag in einen sizilianischen Hafen einfahren, die Flüchtlinge mussten jedoch für mindestens zwei Wochen auf einem Quarantäneschiff bleiben. Die Leiterin des medizinischen Teams der „Ocean Viking“, Dominika Wanczyk, berichtete in einem Interview mit der ZEIT vom 11.07.2020, dass sechs Flüchtlinge an Bord versucht hätten, sich das Leben zu nehmen, zudem habe es Hungerstreiks und Prügeleien gegeben. Seawatch fordert laut MIGAZIN, dass die Unterstützung und Finanzierung der sogenannten libyschen Küstenwache sofort eingestellt werden und EU-Missionen im Mittelmeer mit einem Mandat zur Rettung ausgestattet werden müssten.

Günter Burkhardt von Pro Asyl konstatiert in einer Pressemitteilung vom 01.07.2020 zum Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, dass Menschenrechte an den europäischen Außengrenzen zum reinen Lippenbekenntnis verkommen würden. „Im zentralen Mittelmeer verweigern die Seenotleitstellen Italiens und Maltas ihre Pflicht zur Seenotrettung und lassen stattdessen Schutzsuchende in die Haftlager Libyens zurückschleppen“. Seine Forderung lautet: „Deutschland muss während seiner Ratspräsidentschaft endlich die Weichen für eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik stellen“.

Im Rahmen einer (Video-)Konferenz am 13.07.2020 einigten sich die teilnehmenden Innenministerinnen aus Frankreich, Deutschland, Italien, Malta und Spanien mit den Innenministerinnen aus den nordafrikanischen Staaten Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien sowie den zwei EU-Kommissarinnen auf einen Ausbau der Zusammenarbeit im Sinne von bilateralen Migrationspartnerschaften sowie die verstärkte Bekämpfung von Schleuserkriminalität.

*Gemeinsam. Europa wieder stark machen. Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.*

*taz: Geflüchtete des Schiffs „Ocean Viking“: Mit gutem Beispiel voran, bitte (07.07.2020)*

*Tagesschau: Rettungsschiff. Flüchtlinge verlassen die "Ocean Viking" (07.07.2020)*

*ZDF: Seehofer: „Sehr, sehr dickes Brett“ (07.07.2020)*

*Tagesschau: Kein „Taxi“-Dienst nach Europa (26.06.2020)*

*PRO ASYL: PRO ASYL zum Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft: Menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik jetzt! (30.06.2020)*

*BMI: EU-Ratspräsidentschaft. Bundesinnenminister Seehofer: Kampf gegen Schleuserkriminalität im Mittelmeer stärken (13.07.2020)*

Deutschland schiebt auch während der Corona-Pandemie ab

Deutschland musste wegen der Corona-Pandemie zeitweise viele Abschiebungen und die sog. Dublin-Überstellungen aussetzen. Die WAZ berichtete am 14.07.2020, dass sich bundesweit im Zeitraum Januar bis Mai mit 5.022 Abschiebungen und Überstellungen die Zahl im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit 10.951 mehr als halbiert habe. Der Großteil (ca. 4.700) sei vor Beginn der Corona-Krise in Deutschland durchgeführt worden. Im Mai hätten zwei größere Sammelabschiebungen nach Tadschikistan und Serbien stattgefunden. Nach Angaben der WAZ ist die Gesamtzahl der sog. „Ausreisepflichtigen“ bis Mai von 245.597 auf 266.605 gestiegen, davon hätten 215.613 Menschen einen Duldungsstatus. Das Bundesinnenministerium habe mitgeteilt, dass weiterhin viele Staaten aufgrund der Corona-Pandemie die Einreise ausländischer Staatsangehöriger auf „unabdingbare, wenige Fallkonstellationen“ beschränkten. Es gebe eine Liste der Bundespolizei mit nach einem Ampelsystem geordneten 121 Staaten. Generell seien Abschiebungen in Länder möglich, die grün gekennzeichnet seien. Dies traf nach WAZ-Recherchen zum Zeitpunkt des Erscheinens des Artikels auf kein Land zu. Gelb gekennzeichnet würden Länder, in die Abschiebungen im Einzelfall möglich seien. Länder wie Slowenien, Afghanistan, Türkei, Russland, Nigeria, Vietnam, Usbekistan, Tunesien, Togo oder Tansania seien rot markiert, dorthin könne nicht abgeschoben werden.

Am 15.07.2020 berichtete die Süddeutsche Zeitung, dass wieder eine Sammelabschiebung aus Deutschland stattgefunden habe. Die Charter-Maschine sei bereits mit zehn abzuschiebenden pakistanischen Flüchtlingen an Bord in Griechenland gestartet; in Deutschland seien dann weitere neun Menschen abgeholt worden. Die aus Deutschland abgeschobenen neun pakistanischen Flüchtlinge stammten laut der Süddeutschen Zeitung mehrheitlich aus Bayern und Baden-Württemberg. PRO ASYL betonte in einem Beitrag vom 17.07.2020, dass die Gesundheitslage in Pakistan zurzeit besonders angespannt sei. Die pakistanische Bevölkerung habe mit vielfältigen direkten und indirekten Folgen von COVID-19 zu kämpfen. Pakistan belege Platz 11 aller von COVID-19 betroffenen Länder weltweit. Flüchtlingsorganisationen kritisierten die Sammelabschiebung nach Pakistan als Tabubruch und befürchteten, dass trotz anhaltender Pandemie weitere Sammelabschiebungen folgen. „Ein zivilisiertes Land wie Deutschland müsste in menschlicher und christlicher Verantwortung mitten in der weltweiten Pandemie solidarisch handeln und die Weltgemeinschaft nicht mit unnötigen und inhumanen Abschiebungen zusätzlich belasten“, äußerte Stephan Reichel von der kirchlichen Flüchtlingsorganisation Matteo in der Süddeutschen Zeitung vom 15.07.2020. Deutschland gefährde die Gesundheit der abgeschobenen Flüchtlinge, der Polizistinnen, die die Abschiebung begleiteten, und des Flugpersonals. Ebenfalls zitiert wird die Bundestagsabgeordnete Filiz Polat von Bündnis 90/Die Grünen, die erklärte, dass es menschenrechtlich geboten sei, während der Corona-Pandemie bundesweit alle Abschiebungen auszusetzen. Die Süddeutsche Zeitung wies darauf hin, dass das Auswärtige Amt kürzlich eine Reisewarnung für nahezu alle Staaten außerhalb der EU bis Ende August verlängert habe. Bundesinnenminister Horst Seehofer habe begrüßt, dass die Bundesländer die Ausreisepflicht auch unter den schwierigen Rahmenbedingungen durchgesetzt hätten. Das Bundesinnenministerium dränge außerdem bei den Herkunftsstaaten auf eine zeitnahe Wiederaufnahme von Rückführungen.



Foto: PRO ASYL

Am 09.07.2020 veröffentlichte „Brot für die Welt“ gemeinsam mit „medico international“ die Studie „Notfallrückführungen der IOM aus Libyen und Niger. Eine Schutzmaßnahme oder Ursache neuer Schutzbelange?“. Bei der Umsetzung der sog. Rückkehrprogramme aus Libyen und Niger in die Herkunftsländer sei es zu erheblichen Verstößen gegen humanitäre und menschenrechtliche Prinzipien gekommen. Berichte von Betroffenen legten nahe, dass die Beteiligung an den Rückkehrprogrammen keineswegs immer freiwillig erfolge, wie von der IOM behauptet. Es werde teils erheblicher psychischer und in Einzelfällen auch physischer Druck auf die Migrantinnen ausgeübt, damit sie ihrer eigenen „Rückführung“ zustimmten. Vielfach erscheine ihnen eine Rückkehr in ihr Herkunftsland angesichts in Libyen drohender Folter und Gewalt als das kleinere Übel, nicht jedoch als eine geeignete Maßnahme, um tatsächlich in Sicherheit zu leben.

WAZ: Corona-Pandemie stoppt Abschiebungen – auch von Straftätern (14.07.2020)

Süddeutsche Zeitung: Asylrecht. Deutschland schiebt wieder ab (15.07.2020)

PRO ASYL: Trotz Corona. Sammelabschiebung in die Krisenregion Pakistan (17.07.2020)

Brot für die Welt u.a.: Menschenrechtsverletzungen bei Rückkehrprogrammen (09.07.2020)

#offengeht: Bilanzziehung fünf Jahre nach dem Sommer der Flucht



Am 02.07.2020 veröffentlichten 27 zivilgesellschaftliche Organisationen – darunter auch der Flüchtlingsrat NRW – eine Bilanz zur Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland und forderten u. a., das Asylrecht an den europäischen Grenzen zu gewährleisten und freie Kapazitäten in den Kommunen zur Rettung von Flüchtlingen zu nutzen. Seit 2015 hätten viele Menschen aus den Kriegs- und Krisengebieten in Syrien, Afghanistan, dem Irak, Eritrea oder Somalia in Deutschland Schutz gesucht und gefunden. In Deutschland angekommen, seien sie im Sommer 2015 auf eine „lebendige, Humanität, Empathie und die Idee der Menschenrechte verwirklichenden Zivilgesellschaft“ getroffen. Zehntausende Helferinnen hätten sich „buchstäblich über Nacht“ aufgemacht, um gravierende Leerstellen in der staatlichen Flüchtlingsaufnahme und -versorgung aufzufangen. Das allein sei schon eine Erfolgsgeschichte.

Mit den Flüchtlingen seien neue „Nachbarinnen und Nachbarn, neue Freundinnen und Freunde in Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen, Kommilitoninnen und Kommilitonen, Unterstützerinnen und Unterstützer im Ehrenamt, neue Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz“ gekommen. 85 Prozent aller Flüchtlinge hätten mittlerweile an Sprachkursen teilgenommen. Ihre Integration in den Arbeitsmarkt gehe schneller voran als gedacht: bis Anfang März 2020 habe fast jeder zweite Flüchtling in Deutschland Arbeit gefunden. Jedes Semester immatrikulierten sich mehrere Tausend Flüchtlinge an

deutschen Hochschulen und Universitäten, so allein im Wintersemester 2018/19 3.788. 130.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche seien zwischen Januar 2015 und März 2018 eingeschult worden.

Die Flüchtlingsorganisationen machten außerdem darauf aufmerksam, dass die 2015 von Expertinnen des Instituts für Weltwirtschaft geschätzten Ausgaben von mindestens 20 Milliarden Euro jährlich für die Flüchtlingsaufnahme und Integration deutlich unterschritten wurden. Die tatsächlichen Ausgaben des Bundes für Flüchtlinge in Deutschland hätten sich im Jahr 2019 auf 14,7 Milliarden Euro – inklusive Kostenerstattungen an die Bundesländer in Höhe von 6,3 Mrd. Euro – belaufen. Dabei seien die zusätzlichen Steuereinnahmen durch arbeitende Flüchtlinge nicht eingerechnet.

Unabhängig davon sei Deutschland dazu verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen, da das individuelle Recht auf Asyl unbedingt gelte. Die Flüchtlingsorganisationen mahnten, es sei ein Irrtum, zu denken, dass man gegenüber Flüchtlingen die Grenzen schließen, Stimmung schüren und eine Gesetzesverschärfung nach der anderen auf den Weg bringen und gleichzeitig Hochqualifizierte mit offenen Armen empfangen könne. Rassistische Haltungen fragten nicht danach, mit welchem Aufenthaltsstatus ein Mensch hier lebe. Rassismus treffe alle in Deutschland, die als fremd markiert würden. Das verbal verbreitete Gift, die Verrohung der Sprache, die Missachtung von Grund- und Menschenrechten, Alltagsrassismus und rassistische Gewalt entzögen unserer Gesellschaft die Grundlagen.

Die Erklärung endet mit einem Appell: „Wir wollen eine offene, solidarische Gesellschaft auf dem Fundament der Menschenrechte. Weil es nur #offengeht.“

*FR NRW u. a.: #offengeht. 5 Jahre nach dem Sommer der Flucht (02.07.2020)*

Landesflüchtlingsräte u. a.: Jetzt Bildungsteilhabe von Flüchtlingen sichern!

Gemeinsam mit PRO ASYL, dem Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e. V. (BumF) und der GEW haben die Landesflüchtlingsräte am 10.07.2020 eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie auf die prekäre Bildungssituation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Sammelunterkünften hinwiesen. Diese seien besonders hart von den Einschränkungen im Kita- und Schulbetrieb während der Coronakrise getroffen worden. Ihnen hätten in den Sammelunterkünften die wesentlichen Grundvoraussetzungen gefehlt, um am digitalen Fernunterricht teilzunehmen. In den Flüchtlingsunterkünften sei in der Regel kein WLAN im Wohnbereich verfügbar, Laptops oder Computer und Drucker seien selten vorhanden, Internetkontingente auf Handys nach wenigen Tagen verbraucht. Zudem lebten Familien häufig auf engstem Raum, was Kindern und Jugendlichen das Lernen grundsätzlich erschwere. Angesichts pandemiebedingt verschlossener Gemeinschaftsbereiche existierten meist keinerlei Rückzugsmöglichkeiten mehr. Zudem gebe es keine verlässlichen Unterstützungsstrukturen. Ehrenamtliche Unterstützungsangebote, wie z. B. zur Hausaufgabenhilfe, seien stark eingeschränkt worden und manche Eltern seien wegen fehlender Deutschkenntnisse nicht in der Lage, ihre Kinder beim Lernen zu unterstützen.

Mit Blick auf die schrittweise Wiederaufnahme des Regelunterrichts an Schulen forderten Landesflüchtlingsräte, PRO ASYL, BumF e. V. und GEW von den Landesregierungen sofortige Maßnahmen

zur Unterstützung von geflüchteten Schülerinnen, um deren Bildungsteilhabe zu gewährleisten. Auch unbegleitete Minderjährige und junge alleinstehende Volljährige in Jugendhilfeeinrichtungen litten aufgrund der Corona-Beschränkungen verstärkt unter mangelnder Betreuung und Unterstützung durch Ehrenamtliche. Ihnen fehlten in besonderem Maße die sozialen Kontakte außerhalb der Einrichtungen – mit entsprechend negativen Auswirkungen auf Lernmotivation und -erfolge. Es gelte, sowohl die digitale Infrastruktur in den Unterkünften auszubauen als auch geeignete Lernräume sowie multiprofessionelle Unterstützungsangebote zur Verbesserung der Bildungsteilhabe zu schaffen. „Bildung darf nicht warten, erinnerte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe in diesem Zusammenhang. Um geflüchteten Schülerinnen den Anschluss im neuen Schuljahr zu ermöglichen, müssten in den Sommerferien nicht nur eine adäquate technische Ausstattung zur Verfügung gestellt und Vorkehrungen für einen eventuellen erneuten Lockdown getroffen werden. Ebenso wichtig seien zusätzliche, außerschulische Förder- und Lernangebote, die das digitale Lernen in Willkommens- oder Vorbereitungsklassen sowie den Übergang in Regelklassen erleichtern würden.

*PRO ASYL u.a.: Jetzt Bildungsteilhabe von Geflüchteten sichern! (10.07.2020)*

#### Ausführlichere Argumentationshilfe zur Entkräftung von Vorurteilen

Zusätzlich zum Flyer „Flüchtlinge sind an allem schuld“, in dem gängige Vorurteile aufgegriffen und durch Fakten widerlegt werden, hat der Flüchtlingsrat NRW eine ausführlichere Argumentationshilfe zur Entkräftung von Vorurteilen erstellt. Hier werden 15 Vorurteile mit Fakten und Hintergrundinformationen widerlegt. Darunter finden sich Vorurteile, die schon lange kursieren, wie z. B. „Die meisten Flüchtlinge kommen nach Deutschland“ oder „Flüchtlinge nehmen den Deutschen den Arbeitsplatz weg!“, aber auch neue Fakenews wie z. B. „Seenotrettung sorgt für mehr Flüchtlinge!“ oder „Deutschland nimmt zu viele Flüchtlinge auf!“

**Keine Propaganda  
auf Kosten  
von Flüchtlingen!**

*FR NRW: Keine Propaganda auf Kosten von Flüchtlingen! - Argumentationshilfen gegen Vorurteile*

#### Termine

**Online-Austausch**, 30.07.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Möglichkeiten der Aufenthaltssicherung für Geduldete“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Webinar**, 30.07.2020: Solibund e.V. Köln & samo.fa Köln: „Antiislamismus und Antiafrikanismus“. 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Solibund e.V. Köln](#).

**Köln**, 02.08.2020: Dokumentation von Melanie Spitta & Katrin Seybold: „Es ging Tag und Nacht, liebes Kind“. Ab 18:00 Uhr, Roter Salon im Rom e.V., Venloer Wall 17, 50672 Köln. Weitere Informationen und Anmeldung auf [RomBUK - Bildung und Kultur im Rom e.V.](#)



**Online-Austausch**, 13.08.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Digital engagiert – auch nach Corona“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Solingen**, 14.08. – 16.08.2020: PERSP:ACTIVE Training Modul 4 – „Aufbauqualifizierung politische Bildung“. Ab 16:00 Uhr, Wupperstraße 120, 42651 Solingen. Weitere Informationen auf [BUNDjugend Nordrhein-Westfalen](#).

**Online-Versammlung**, 15.08.2020: Flüchtlingsrat NRW: Mitgliederversammlung. 11:00 – 14:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Austausch**, 18.08.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Wie Begegnung schaffen?“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Austausch**, 19.08.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Anerkennung ausländischer Qualifikationen“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Austausch**, 20.08.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Beschulung von Flüchtlingskindern“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Webinar**, 20.08.2020: Institut für Kirche und Gesellschaft – Evangelische Kirche von Westfalen: „Diskriminierungssensibel und empowered beraten“ – Was haben Rassismus und Privilegien mit mir und meiner Arbeit zu tun? 09:00 – 13:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [IKG](#).

**Online-Schulung**, 25.08.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Rechtliche Rahmenbedingungen des Zugangs von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt“. 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Austausch**, 26.08.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Kommunikation mit Behörden“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Austausch**, 27.08.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Engagement für Gesundheit“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Webinar**, 28.08.2020: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro NRW: „Helfer\_innenseminar: Anerkennung ausländischer Qualifikationen in Zeiten von Corona“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Friedrich-Ebert-Stiftung](#).

**Online-Tagung**, 29.08.2020: Institut für Kirche und Gesellschaft – Evangelische Kirche von Westfalen & Flüchtlingsrat NRW: Praxistagung Flucht und Ehrenamt: „Geflüchtete isoliert?! - Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit unter Corona-Bedingungen“. 08:30 – 13:15 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [IKG](#).

**Paderborn**, 29.08.2020: Demonstration gegen Abschiebehaft. Ab 12:00 Uhr. Am Westerntor/Herz-Jesu-Kirche, Paderborn. Weitere Informationen auf [ausbrechen - antirassistische Initiative aus Paderborn](#).

**Köln**, 29.08.2020: Forum für Willkommenskultur & Melancthon-Akademie: 10. Barcamp: „Willkommenskultur in Köln“. 09:30 – 15:00 Uhr, Melancthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, 50678 Köln. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Köln freiwillig](#).

**Online-Austausch**, 31.08.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Strukturen ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Schulung**, 01.09.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Basisseminar Asylrecht“. 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](http://www.frnrw.de).

\* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

[www.frnrw.de](http://www.frnrw.de)

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum